

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 7-8

Rubrik: Information

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wußtseins des 'Umgreifenden' verstanden wird». Ihr Diener ist der Intellektuelle, der erst dann als ein solcher gelten kann, «wenn er den humanen Anspruch der Vernunft erfüllt und dies durch die Tat beweist».

Dieses zur Besinnung auf das Eine, was in der heutigen Unrast nottut, hinweisende Buch bietet besonders denen Handreichung zur Klärung ihrer Verhaltensweise, welche sich dazu aufgerufen wissen, das ihnen Zukommende zur Veränderung unserer heutigen Welt tätig beizutragen. Es wäre für sie ein Verlust, wenn sie sich vor ihren Aktionen nicht fragen würden: wo stehe ich?

Willi Kobe

HANS-DIETER WOLFINGER: **Der unvollendete Sozialismus.** Ein vergessener Auftrag der Kirche. 1970. Furche Verlag, Stundenbücher, Band 92, 106 S. Fr. 4.80.

Leonhard Ragaz hat einmal geschrieben, daß es sein zentrales Anliegen sei, daß die Religiös-Soziale Bewegung weitergehen werde, auch wenn sie vielleicht neuer Formen und neuer Träger bedarf.

An diesen Satz wird der Leser der vorliegenden Schrift erinnert, besonders dann, wenn er die kurzgefaßte und vorzüglich-straffe Darlegung ihres Verfassers der entsprechenden Geistesarbeit von Paul Tillich studiert, welche von ausgewählten Texten aus dessen Schriften zum Religiösen Sozialismus gefolgt wird.

Eindringlich fällt dem mit dem Schrifttum von Ragaz Vertrauten an demjenigen von Tillich auf, daß die theologisch-kirchliche Grundlage, von der aus er dem Sozialismus begegnet, das Luthertum ist. Tillich selber bemerkt in dieser Hinsicht, daß «es eigentlich für ein vom Luthertum erzogenes Volk fast unmöglich sei, von der Religion zum Sozialismus vorzudringen» ... und daß «eine calvinistisch geprägte Gesellschaft weit weniger Schwierigkeiten hat, Elemente des Sozialismus in sich aufzunehmen». Deshalb bemerkt man bei ihm mehr philosophische Hilfskonstruktionen, um Theologie und Sozialismus einander sich messend gegenüberzustellen.

Insofern ist es hoch lehrreich, Tillichs Auseinandersetzungen lutherisch-theologischer Positionen mit den Anliegen des Sozialismus zu verfolgen, unter dem er «den Kampf gegen lebenszerstörende Mächte» versteht. «Christentum und Sozialismus sind kein Widerspruch, sie gehören unlöslich zusammen», ist auch Tillichs Auffassung. Allerdings tritt in ihm, in seinen religionsphilosophischen, theologischen und soziologischen Untersuchungen der praktische religiös-sozialistische Kämpfer weniger heraus, als dies bei Ragaz der Fall war. Tillich hat ein System seines Denkens aufgebaut, von dem aus es seinen Schülern und seiner Nachwelt möglich wird, auch die kirchliche Welt zu beeinflussen, insofern diese von seinen Arbeiten Kenntnis nehmen will. Auf alle Fälle könnten Tillichs Gedankengänge dem kirchlich-praktischen Handeln eine Handreichung bieten, um in der realen technisierten Gesellschaft «mehr Kirche geschehen» zu lassen, «als sich solches in manifesten Organisationsformen ablesen läßt ... Ihr Kampf gegen wirtschafts- und gesellschaftspolitische Götzen oder dämonische Strukturen ist damit vorgezeichnet», meint Wolfinger.

Dieses anregungsreiche Büchlein über einen «gläubigen Realismus» kann zu einer sinngebenden Ferienlektüre werden.

Willi Kobe.

INFORMATION

Sport und Apartheid

Hieß es nicht früher immer, Sport habe mit Politik nicht das Geringste zu tun? Und doch stellen wir heute fest, daß Mao Tse-tung in vierzehn Tagen mit seiner Tischtennis-Diplomatie die Amerikaner viel tiefer be-

eindrückt als er es je mit seinem berühmten Roten Buch fertig brachte. Dazu kommt Mr. Vorster, der Premier von Südafrika, und macht, seitdem Apartheid vor zweiundzwanzig Jahren begann, die erste bedeutende Konzession in der Rassenfrage. Internationaler Sport und Politik waren tatsächlich immer untrennbar, wie schon George Orwell in der vierziger Jahren durch seinen Artikel «The Sporting Life» überzeugend dartat. Doch Sportler und Politiker hatten seit jeher ein abgekartetes Interesse zu behaupten, es sei nicht so.

Vor neunzehn Jahren, als ein junger nicht-weißer Lehrer und Dichter, Dennis Brutus, das Nicht-Rassistische Olympische Komitee Südafrikas gründete, um durch den Druck der internationalen öffentlichen Meinung einen nicht-rassistischen Sportbetrieb zu erzwingen, gab es ein großes Geschrei. Es hieß, «er versuche, den Sport in die Politik hineinzuzerren». Das Geschrei wurde geradezu zum Gebrüll, als Brutus in seinem Londoner Exil Unterstützung fand bei Peter Hain, Chris de Brolio und anderen, in ihrem Bemühen, die England-Tournee der südafrikanischen Springbok Cricket-Mannschaft zu verhindern.

Die Ansicht des britischen Establishments, die Sir Alec Douglas-Home (der heutige britische Außenminister) zum Ausdruck brachte, ging dahin, die einzige Hoffnung, Veränderungen in Südafrika herbeizuführen, bestehe darin, die Türe offen zu halten und sich in freundschaftlichen Gesprächen zu finden; internationaler Druck und Isolierung, hieß es von Sir Alecs Seite, würde nur alles verschlimmern.

Ihre Politik freundschaftlicher Gespräche im Sport wie auf anderen Gebieten, kam zwar zur Anwendung, seitdem die erste Springbok-Mannschaft Ende des letzten Jahrhunderts nach England kam. Doch ist seither das südafrikanische Rassenregime nicht weniger scharf, sondern noch starrer geworden.

In den zehn Jahren seit der Gründung des nicht-rassistischen Olympischen Komitees hat sich das südafrikanische Regime gezwungen gesehen, nachzugeben und zwar unter Druck, nicht durch freundschaftliche Gespräche. Die Springbok-Cricketers, die wütend waren, weil sie letztes Jahr nicht spielen konnten in England, haben sich dem politischen Protest gegen ihre eigene Regierung angeschlossen; sie verließen letzthin das Spielfeld, weil man ihnen nicht erlaubte, mit nicht-weißen Spielern eine Australien-Tournee zu unternehmen.

Vorsters Konzession, wonach künftig Sportlern aller Rassen erlaubt sein soll, in gewissen internationalen Spielen zu konkurrieren, ist immer noch nur ein schwacher Anfang eines Nachgebens. Es geht nicht weit genug, um die Voraussetzungen des Internationalen Olympischen Komitees (oder des MCC) für eine Teilnahme Südafrikas an olympischen Spielen zu erfüllen. Doch auf dem südafrikanischen Hintergrund ist dieses Nachgeben von größter Bedeutung. Es ist ein offener Rückzug angesichts der feindlichen Einstellung der Weltmeinung — ein Druck, dem

gegenüber Vorster und seine Kollegen sich immer verschworen hatten, nie kleinzugeben.

Angeichts der fanatischen Sportbegeisterung der Südafrikaner war Sport immer die verwundbarste Stelle für internationalen Einfluß. Doch sind die Südafrikaner durchaus nicht weniger versessen auf ihre sportlichen als auf ihre wirtschaftlichen Interessen und Bindungen, besonders mit der westlichen Welt.

Heute, da die Entdeckung gemacht worden ist, daß Südafrikaner nicht unempfindlich sind gegenüber wirksamem Druck von außen, ist auch das Argument, daß man nicht versuchen sollte, wirtschaftlichen Druck auf die Republik auszuüben, offensichtlich weniger haltbar geworden. Als ebenso fragwürdig erweist sich die gegenwärtige Praxis freundschaftlicher Gespräche mit Südafrika als aussichtsvollster Methode, ein Abbröckeln der Apartheid herbeizuführen.

Mr. Vorster hat jederzeit vollkommen klar gemacht, daß sein einziges Interesse an einem Dialog mit dem Westen und mit afrikanischen Führern darin liegt, ihnen zu erklären, warum Apartheid die richtige Politik ist.

Für die Südafrikaner ist der «Dialog» der bequemste Ausweg. Es ist für sie ein schlauer Trick, sich das internationale Ansehen zu sichern, das sie so verzweifelt benötigen und auf das sie so gar kein Anrecht haben.

Freundliches Entgegenkommen für ausländische Afrikaner wie Malawis Präsident Banda oder Houphouët-Boigny, den Präsidenten der Elfenbeinküste ist Vorsters Gegenstück zu einer Politik der dauernden Niederhaltung seiner eigenen Afrikaner; sie werden schon jetzt in 87 Prozent des Gebietes von Südafrika offiziell als «Ausländer» bezeichnet.

Wenn Veränderungen kommen sollen in Südafrika, so werden sie sich infolge von Druck, sowohl von innen wie von außen, einstellen. So viel ist zu lernen aus Vorsters versuchsweisen Konzessionen auf dem Gebiet des Sports.

Dies heißt natürlich nicht, daß die Politik des Brückenbauens nicht richtig ist, unter anderen Umständen, wie zum Beispiel wenn man den Öffnungsprozeß in geschlossenen Gesellschaften, wie in der Sowjetunion oder im kommunistischen China fördern will. Doch der Dialog war ganz einfach eine falsche Politik gegenüber Hitlers Deutschland und sie ist ebenso falsch im Fall Südafrikas.

Colin Legum im «Observer», 25. April 1971

Der Schweizerische Friedensrat und die Junge Linke

Die Zürcher Friedensorganisationen haben am Sonntag, 13. Juni 1971 eingeladen zu einem Vortrag mit Diskussion von Dr. Günther Nenning, Wien, Herausgeber der Zeitschrift «Neues Forum», Obmann der österreichischen Journalistengewerkschaft und Initiant des Volksbegehrens

für die Abschaffung des österreichischen Bundesheeres. Die Thematik «Jugendrevolte — Generationenproblem oder Aufbruch zu einer neuen Gesellschaft?» benützte der Referent nicht nur zu einer Definition und Standortbestimmung der «Neuen Linken» innerhalb des Spätkapitalismus, sondern auch zur streckenweise recht eindrücklichen und bildhaften Schilderung des kapitalistischen Systems, in dem der heutige Mensch lebt. Nur Naivlinge meinen, es gebe den Kapitalismus heute nicht mehr, weil er in «milderer» Form auftritt (einem Krokodil gleich, dem die schärfsten Zähne gezogen wurden), auch dem Arbeiter Wohlstand anbietet und «jeder sich ein Auto und ein eigenes Haus» leisten kann, wenn auch das Erwerbsstreben zu frühzeitigem Absterben körperlicher und geistiger Kräfte führt . . . Im Gegensatz zur «Alten Linken», die den Kapitalismus als überwunden betrachtete und durch Anpassung («Sozialdemokratisierung») zu seinem Weiterleben ihren Beitrag geleistet hat, versucht die «Neue Linke» allenthalben, neue Bewußtwerdungsprozesse einzuleiten.

Obwohl die europäischen Hochschulen — im Gegensatz zu den amerikanischen Hochschulen für Technologie, die den höchstbezahlten «Arbeiter» des Systems, den Technokraten, nach dem neuesten Stand der Wissenschaften ausbilden — den Studierenden im Vermitteln von Erkenntnissen knapp halten und vieles lehren, das keinen Sinn, wohl aber Zweck, nämlich systemerhaltenden, hat, so liegt es doch im Wesen der Erkenntnis, daß derjenige, der sich um sie bemüht, oft mehr herausholt und tiefer schürft als denjenigen, die die Erkenntnis vermitteln, lieb ist. Die Erkenntnis der Not der «Dritten Welt», welche der Not der Arbeiterschaft im Frühkapitalismus gleichkommt, hat namentlich bei den Studenten (unter dem Einfluß der kritischen Richtungen der Soziologie) einen Bewußtwerdungsprozeß eingeleitet, welcher die Politik und die Institutionen des Kapitalismus verantwortlich macht für die systematische Ausbeutung des Schwächeren und die künstlich gezüchtete Profitgier, die beispielsweise darin ihren Ausdruck findet, daß die USA nach den Ländern Lateinamerikas eine Milliarde Dollar Entwicklungshilfe leisten, dafür aber für 5 Milliarden Dollar in diese Länder exportieren!

Die Frage stellt sich, wie sich die revolutionären Bewegungen in der Zukunft entwickeln und wie eine Anpassung an das kapitalistische System vermieden werden kann, da bisher nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die kommunistischen Parteien eine Beteiligung an der Regierung angestrebt haben und sich z. B. die KPF im Mai 1968 als staaterhaltende Kraft und Ordnungsmacht angeboten hat.

Die an den Vortrag anschließende Diskussion umfaßt folgende Themen: — Zersplitterung und gemeinsame Aktion der linken Gruppen, besonders auch im Hinblick auf die offenen und verdeckten Neuformierungen faschistischer Gruppen.

- Fragen der Gewalt und Konfrontation mit der Polizei bei Demonstrationen.
- Die Ungeduld der Jugend als Reaktion auf die allzu große Geduld der alten Generation.
- Wie weit die Exponenten des SDS zu Dienern des Establishment geworden sind und wie weit sie heute noch wertvolle Arbeit im Bewußtwerdungsprozeß der Arbeiterschaft leisten.

Nicht alle Diskussionsteilnehmer sind damit einverstanden, daß gedankliche Arbeit über die nach der Revolution einzurichtende Gesellschaft mit einer «Prophezeiung aus dem Kaffeesatz» gleichgesetzt oder als Angst vor Änderungen abgetan werden kann, wie dies der Referent in Beantwortung einer Frage zu diesem Thema meinte. Einige Diskussionsteilnehmer betonten, daß die Gründe für das Versagen der sozialistischen Bewegung noch genauer erörtert werden müßten. Die nicht-bürgerliche, sozialkritische Tiefenpsychologie könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten, namentlich, wenn es darum geht, zu untersuchen, inwieweit die unbewußten, in der Erziehung erworbenen Bereitschaftshaltungen des heutigen Menschen jeglichem System der Gewalt entgegenkommen, selbst wenn dieses System auf bewußter Ebene, z. B. in der Politik, bekämpft wird.

Am Schluß hieß die Versammlung eine Resolution gut, die den Rücktritt von Minister Lütgendorf und den Einsatz von Kasernen-Komitees in Oesterreich fordert (zur Gewährung von Rechtshilfe) und sich gegen gemeinsame österreichisch-schweizerische Truppenübungen ausspricht.

-ice

Zur Funktion der Armee in der Gesellschaft

(Nach einem Diskussionsvotum von Hansjörg Braunschweig, Dübendorf, anläßlich der öffentlichen antikapitalistischen und antifaschistischen Informationswoche an der Universität Zürich)

1. Hierarchie als Wesensmerkmal der Armee

Die Hierarchie als Wesensmerkmal der Armee steht im Gegensatz zu sozialistischen Grundlagen wie Gerechtigkeit und Brüderlichkeit in der Gesellschaft oder wie die Entfaltung des Einzelnen nach seinen Begabungen und Neigungen. Die Armee ist auf den Krieg und somit gegen den Menschen ausgerichtet; sie berücksichtigt die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht. Die Armee kann nicht gerecht und nicht menschlich